

Redaktion: Dr. Rolf-Martin Korda,
Wissenschaft, Schul- und Bildungsfunk

X Dr. Patrick Horst

NDR 4 / 7'28"

"Lesezeichen - neue Sachbücher vorgestellt"

09.06.96 / 17.05 - 17.30 Uhr

Lesezeichen

Peter Reichel

Politik mit der Erinnerung.

Gedächtnisorte im Streit um die
nationalsozialistische Vergangenheit

Carl Hanser Verlag

München/Wien 1995

387 S.

DM 49,80

Der Hamburger Politikwissenschaftler Peter Reichel hat mit seinem fast 400seitigen Werk "Politik mit der Erinnerung" eine umfangreiche Bilanz der deutschen Geschichtspolitik nach 1945 vorgelegt. Das Buch überzeugt schon in der Aufmachung: Fest gebunden, übersichtlich gegliedert und reich bebildert. Vor allem die Bilder machen es zu einem doppelten Lesevergnügen: Reichel lädt nicht nur zu einer abstrakten Auseinandersetzung mit dem Thema ein, sondern auch zu einer sinnlichen Reise an die Gedächtnisorte der Republik. Das Buch ist auch nutzbar als praktischer Geschichtsführer.

Der Autor gibt keine einfachen Antworten auf die Frage nach dem "richtigen" Erinnern. Er teilt nicht die Befürchtung antifaschistisch orientierter Gruppen, daß vor der Wiederholung der Geschichte nur ein Nichtvergessen schützt. Stellenweise mokiert er sich gar über deren "Erinnerungslust". Aber: Er befürwortet auch nicht die Schlußstrichmentalität konservativer Kreise. Die

Leitidee des Buches ist, daß jedes Erinnern gleichzeitig auch ein Vergessen beinhaltet. Geschichte ist also nichts Unumstößliches, sondern wird immer wieder neu konstruiert.

Ein Blick auf die Geschichtspolitik beider deutscher Teilstaaten nach 1945 belegt dies. Vergessen wurde, was nicht in die ideologische Richtung paßte. Die DDR stilisierte sich zum Erbverwalter des antifaschistischen Widerstands und wälzte jegliche Identifizierung mit den nationalsozialistischen Verbrechen auf die angeblich neofaschistische Bundesrepublik ab. Der Bundesrepublik stand diese Möglichkeit der Identifikationsabwehr nicht zur Verfügung, weil sie sich als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches betrachtete. Für sie wurde darum die Vergangenheit, so die These Reichels, zur Last. Sie mußte sich bei allem Bemühen um Schuldabwehr dennoch ihrer Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen stellen.

Anders als in der DDR entbrannte in der Bundesrepublik ein Streit zwischen den gesellschaftlichen Gruppen um das richtige Erinnern. Auch hier wurde das ausgeblendet, was nicht in das jeweilige Geschichtsbild paßte. In der Wiederaufbauphase dominierte zunächst das Schlußstrichverlangen breiter Bevölkerungskreise und der Politik. Die Systemkonfrontation mit der DDR erleichterte auch auf westdeutscher Seite die Schuldabwehr. Man kämpfte wieder - oder immer noch? - auf der richtigen Seite.

Die Erinnerung an die eigenen Verbrechen wurde verbannt: Amnestiegesetze für die Täter, Erinnerung an die gefallenen Solda-

ten als Kriegsoffer, Mitleid für die deutschen Kriegsgefangenen. Öffentlich gefeiert wurde der Widerstand des 20. Juli, denunziert der kommunistische Widerstand. Die architektonischen Spuren nationalsozialistischen Größenwahns im öffentlichen Erscheinungsbild wurden getilgt. Und die Konzentrationslager wurden so umgestaltet oder umgenutzt, daß sie möglichst niemanden an die böse Vergangenheit erinnerten.

Erst Mitte der sechziger Jahre setzte langsam eine Gegenbewegung ein. Die Konzentrationslager wurden immer mehr dem Vergessen entrissen. Dank des unermüdlichen Einsatzes von internationalen Organisationen ehemaliger KZ-Häftlinge, dank lokaler Bürgerinitiativen und auch dank des Vorangehens der DDR, die schon in den fünfziger Jahren mit der Einrichtung von KZ-Gedenkstätten begonnen hatte. Bei den verantwortlichen Politikern und in weiten Kreisen der Bevölkerung stießen solche Initiativen zumeist auf wenig Gegenliebe, ja Widerstand. Der Autor zeichnet die politischen Auseinandersetzungen um die Einrichtung von KZ-Gedenkstätten in Dachau, Bergen-Belsen und Neuengamme nach.

Auch andere Initiativen, die an die Leiden der Opfer und Verfolgten von Nazi-Verbrechen erinnern wollten, haben es in der Bundesrepublik nicht leicht gehabt. Reichel erinnert zum Beispiel an die fehlgeschlagene Initiative zur Rettung des Frankfurter Boerneplatzes in den achtziger Jahren. Wo die Nazis die jüdische Hauptsynagoge niedergebrannt hatten, wurde auf Betreiben hessischer Landespolitiker ein Kundenzentrum der Stadtwerke errichtet.

Ähnlich schwer hatten es diejenigen, die dem vorherrschenden Erinnerungsgestus, wie er sich in den vielen Kriegerdenkmälern und Soldatenfriedhöfen manifestiert, Gegendenkmäler entgegensetzen wollten. Hierfür steht zum Beispiel der langjährige Streit um die Errichtung des Antikriegsdenkmals am Hamburger Dammtor-Bahnhof.

Der Autor bleibt um Ausgewogenheit bemüht. Reichel bestreitet den Hütern des konservativen Geschichtsbildes nicht die Legitimität ihres Anliegens. Jedenfalls ist er weit davon entfernt, den Opfer-Initiativen einen Monopolanspruch zuzubilligen, was die Definition des "richtigen" Erinnerns anbelangt. Das würde seiner Ansicht nach nur eine neue Einseitigkeit im Geschichtsbild der Deutschen befördern. Wie Reichel in einem früheren Buch dargestellt hat, gehören für ihn nicht nur Terror und Gewalt, sondern auch Faszination und schöner Schein zum Faschismus. Reichel führt den Leser deshalb auch zum Reichsparteitagsgelände in Nürnberg, zu den architektonischen Großbauten in München und Berlin, zu den zahlreichen Kriegerdenkmälern und Soldatenfriedhöfen und zum gigantischen KdF-Bad Prora auf Rügen.

Streit um das "richtige" Erinnern entzündet sich immer auch an den nationalen Gedenktagen. Die Deutschen haben es mit ihren Gedenktagen traditionell schwerer als andere Nationen. Es gibt kein geschichtsträchtiges Datum, mit dem sich alle politischen Kräfte vorbehaltlos identifizieren können. Es ist daher am 8. Mai, am 20. Juli und am 9. November immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen, ja Skandalen gekommen: Von Bitburg

1985 über den Jenninger-Rücktritt 1988 bis hin zum Streit um die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin 1994.

Reichel scheut auch vor "heiligen Kühen" nicht zurück: Die gefeierte Weizsäcker-Rede vom 8. Mai 1985 unterzieht er ebenso einer objektivierenden Kritik, wie er Bundestagspräsident Jenninger teilweise rehabilitiert. Reichel stellt gar die provokante Frage, ob Jenninger zum Rücktritt gezwungen wurde, weil er sich der Wahrheit zu sehr angenähert habe. Und zwar der unangenehmen Wahrheit, daß Hitler breite Teile der deutschen Bevölkerung auf unheimliche Art und Weise fasziniert hat. Ignatz Bubis hat sich dieser Sicht jüngst angeschlossen, indem er zugab, große Teile der Jenninger-Rede wiederverwandt zu haben.

Überzeugend ist schließlich Reichels Plädoyer für den 9. November als Staatsfeiertag. Dieser Tag ist ohne Zweifel ein Schicksalsdatum, das die Brüche deutscher Geschichte widerspiegelt: Es weist zurück auf die Ausrufung der Republik durch Scheidemann im Jahre 1919, auf den Hitler-Putsch in München 1923, auf die Reichspogromnacht von 1938 und auf den Fall der Mauer. Wie man statt dessen den farblosen 3. Oktober zum nationalen Feiertag machen konnte, bleibt in der Tat unverständlich.